



Michael Kahler
Präsident Junge SVP Schaffhausen
Seewadelstrasse 9 - 8200 Schaffhausen
michael.kahler@jsvp-sh.ch

**JUNGE
SVP
SCHAFFHAUSEN**

Schaffhausen, 3. Mai 2021

Medienmitteilung JSVP Schaffhausen Parolenfassung zu den eidgenössischen und der kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021

Am 30. April 2021 hat die JSVP an ihrer GV in Barzheim nachfolgende Parolen zu den eidgenössischen und der kantonalen Abstimmungsvorlagen beschlossen und den Vorstand bestätigt:

Michael Kahler als Präsident
Lara Winzeler als Aktuarin
Sebastian Rey als Kassier
Daniel Ochsner und Tobias Riem als Beisitzer

In Kürze

Wir empfehlen der Schaffhauser Stimmbevölkerung 6x NEIN in die Urne zu legen.

Wir sind der Ansicht, dass alle Initiativen im Kern legitime Ziele verfolgen, mussten jedoch feststellen, dass die Umsetzung nicht im Sinne der JSVP Schaffhausen ist.

Zu den jeweiligen Abstimmungen

Die Volksinitiative «**Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz**» **lehnen wir** aufgrund der weitreichenden Tragweite der Initiative **klar ab**. Die JSVP setzt sich klar für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Pestiziden ein, bekämpft jedoch absolute Verbote. Nahrungsmittelproduktion ist eine anspruchsvolle Tätigkeit und in der Schweiz haben wir hohe Hürden, wenn wir diese noch weiter verschärfen, führt dies nur zu mehr Importen, über welche wir nahezu keine Kontrolle haben.

Ebenso lehnen wir die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» klar ab. Auch diese Initiative lehnen wir ab, da sie unter anderem zu höheren Lebensmittelpreisen führt und die Umsetzung aufgrund der WTO-Verpflichtung noch nicht einmal garantiert ist. Die Frage ist auch ob das Importverbot auch für Einkaufstouristen gilt und wie man dies umsetzen will.

Weiter **lehnen wir Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) ab**. Wir sind der Ansicht, dass in diesem Gesetz wichtige Punkte erhalten sind. So setzen wir uns dafür ein, dass Betriebe, welche aufgrund der Behördlichen Verordnung schliessen mussten, dafür entschädigt werden. Jedoch verfehlen Punkte wie die Medienförderung mit zusätzlich 480'000'000 Millionen und die Verlängerung der Art. 1 – 4 bis 2031 klar das Ziel. Weiter sind

wir der Ansicht, dass die Anliegen der Jugend in der Krise klar zu kurz gekommen sind und verlangen in diesem Bereich Verbesserungen. Das Parlament soll bei diesem Gesetz nochmals über die Bücher, so dass ein verhältnismässiges Gesetz zustande kommt.

Das Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) lehnen wir ab, da es auf die CO₂-Reduktion in keiner Weise einen Einfluss hat und ein reines Zwangs- und Umverteilungsgesetz ist. Gerade die Landbevölkerung und das Gewerbe, welche oft auf das Auto angewiesen sind, werden übermässig hart davon getroffen. Weiter sind wir der Ansicht, dass der Zertifikatshandel ein Etikettenschwindel ist, wenn es wirklich um die Reduktion von CO₂ gehen würde, gäbe es diesen nicht. Uns erinnert dies stark an den Absolutionshandel aus dem Mittelalter und was damals der Unterdrückung des Volkes durch die Kirche diente, hat im 21. Jahrhundert keinen Platz.

Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) lehnen wir klar ab, in der Schweiz gilt der Grundsatz im Zweifel für den Angeklagten, oder im Fachjargon, in dubio pro reo. Bis anhin ist die Schweiz durch den internationalen Terror gut hinweggekommen. Nun reaktionär Personen unter Hausarrest zu stellen oder in einer andern weise unter Überwachung zu stellen, um einen möglichen Tat präventiv zu unterbinden kann in Unrechtsstaaten wie Nordkorea oder China gang und gäbe sein ist aber einer freiheitlichen Schweiz unwürdig.

Die Volksinitiative «Mehr Raum für die Nacht (Lichtverschmutzungsinitiative)» lehnen wir ab, da wir auch hier gegen das behördliche Verbot und Regulierungskultur ankämpfen wollen. Die Initiative macht sich mit illusorischen Vorgaben und der fünf Jahres Umsetzungsfrist des gesamten Beleuchtungssystems im Strassenraum und dem Verbot von Weihnachtsbeleuchtung unglaublich und unrealistisch. Auch eine Beratungsstelle führt nur zu mehr Staatsstellen und wäre nach fünf Jahren sowieso obsolet. Fazit kostet viel und bringt nichts, oder wollen Sie ihren Glühwein im Dunkeln trinken?

Freundliche Grüsse

Michael Kahler, Präsident JSVP Schaffhausen